Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 329

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe — Sonnabend, 31. Juli

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 5gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 2,00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion: 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6280. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Die ostpreußische Grenze von den Polen überschritten

Die Entwaffnung der Flüchtlinge

(Eigener Drahtbericht der „H. Z.")

h. Berlin, 30. Juli.

Das Schicksal der polnischen Nordarmee vollzieht sich ungeheuer schnell. Man kann wohl sagen, daß die Nordarmee zertrümmert ist. Ein Zusammengehen zwischen den zurückflutenden Truppen besteht nicht mehr. Ein Bild unbeschreiblicher Verwirrung bietet sich dem Auge des Beobachters dar. Die Rückzugsstraßen sind mit ungeheuren Truppenverbänden belastet. Die Artillerie kann weder vorwärts noch rückwärts. Die russische Kavallerie vollzieht die Umschließung der Truppen. Ob es den Resten der polnischen Nordarmee noch gelingen wird, der Umklammerung zu entgehen, ist für die polnischen Soldaten Lebensfrage. Offenbar will die russische Heeresleitung die polnischen Truppen bei Lomza, zusammentreiben. Die russische Marschrichtung weist nach dem Süden. Die Entscheidungsschlacht wird das Schicksal der polnischen Nordarmee zur Katastrophe treiben. Vor Lomza ist es bereits bei heute früh zwischen dem Rest des polnischen Nordflügels und der ihn umklammernden russischen Kavallerie zum Kampf gekommen. Die ersten polnischen Truppen haben die deutsche Grenze nördlich Lomza, als sie sich zurückziehen wollten und von den Russen verfolgt wurden, überschritten. Sie wurden von der Sicherheitspolizei sofort entwaffnet.

Da sich die Lage an der polnischen Grenze zugespitzt hat, mußte entschieden werden, wie sich die interniierten Truppen verhalten sollten. Da man naturgemäß einer Aktion gegen die Russen ausweichen will, sollen die Ententetruppen zurückgezogen werden. Leider bleibt dadurch die deutsche Grenze ohne genügenden Schutz, da die schwachen Abteilungen der Sicherheitspolizei nicht ausreichen würden, wenn die nachfolgenden Russen die Grenze überschreiten.

da. Königsberg, 30. Juli.

Die russische Kavallerie, die von der Heeresleitung der Sowjetarmee in gewaltigen Massen eingesetzt worden ist, folgt den Flüchtlingen auf dem Fuße. Der Weg nach Warschau steht den Russen offen. Es ist ganz unmöglich, daß sich die vollkommen zersprengten, verwirrten und geschlagenen Polen noch einem Gegenangriff oder auch nur zu einer Verteidigung aufraffen könnten. Die russischen Truppen wissen, nach zuverlässigen Meldungen, bislang noch nichts von einem Waffenstillstand. Sie dringen unaufhaltsam vor und sind tadellos ausgerüstet und, wie es scheint, auch verpflegt. Bialystok ist gleichfalls gefallen, am Sereth halten sich die Polen noch. Die Kerntruppe der Russen ist die Kavallerie, die verfügt über nur wenig Artillerie und Infanterie. Der Kanonendonner von der Front ist an vielen Stellen der ostpreußischen Grenze zu hören.

Der „Warschauer Kurier" meldet: Die Festung Warschau und die umliegende Zone wurde als Operationsgebiet erklärt. Eine bolschewistische Armee nähert sich südlich Grodno dem Bug und bedroht Warschau. Die Regierung trifft Vorbereitungen, um ihren Sitz von Warschau nach Kalisch zu verlegen.

w. London, 30. Juli.

Im Unterhause fragte Lord Robert Cecil, ob das Vorrücken der roten Truppen aufgehört habe. Lloyd George erwiderte, nach seinen Informationen sei es langsamer geworden, da anscheinend sehr heftige Anstrengungen gemacht würden. Weiter erklärte Lloyd George, die Regierung stehe den Streitkräften des Generals Wrangel in Südrußland und Krim in keiner Weise Beihilfe und trage auch keine Verantwortung für sie.

w. Rotterdam, 30. Juli.

Krassin sagte nach einer Meldung der „Daily Mail", Sowjet-Rußland werde keine Einmischung bezüglich der Regierungs- oder staatsrechtlichen Stellung irgend eines Teiles des früheren russischen Reiches einschließlich Mittelasiens und des Kaukasus dulden. Er erklärte, die russischen Delegierten müßten bei der Konferenz in London als gleichberechtigt behandelt werden.

Die Kommunisten-Umtriebe in Ostpreußen

Von kommunistischer Seite wird immer wieder darauf hingewiesen, eine wie geringe Wahrscheinlichkeit dafür bestehe, daß der bolschewistische Heer die deutsche Grenze überschreiten werde; es wird sogar weitergehend behauptet, daß die russischen Truppen jede Antastung Deutschlands programmgemäß unterlassen würden. Nichts beleuchtet aber das von linksradikaler Seite immer wieder abgeleugnete Bestreben der Bolschewisten, an unseren Grenzpfählen keinen Halt machen zu wollen, besser als verschiedene „Erlasse", die bereits jetzt für den Bolschewismus in Deutschland von der Moskauer Regierung oder ihr nahestehender Stelle verfaßt und vertraulich verteilt worden sind. Einer dieser Erlasse wird jetzt bekannt. Er ist in Maschinenschrift in russischer, polnischer und französischer (!) Sprache abgefaßt und lautet in der Uebersetzung:

Moskau, den 8. Juli 1920.

Entwurf.

Auf den Verfügungen HB 720 und 722 zu behandeln.

Vertraulich!

Unter Aufhebung der früheren Vorschriften ist jetzt für Ostpreußen nach dem neuen Entwurf bis auf weiteres wie folgt zu verfahren:

zu Absatz 2:

Die Zentrale für die Verproviantierung befindet sich in Königsberg. Hier sind in erster Linie die Kirchen zu Proviantzwecken zu benutzen. Die Hafenbauten sind tunlichst zu räumen und werden für die Gefangenenunterbringung und für besondere Zwecke reserviert gehalten, da ihre Lage gegen Anschläge nicht gesichert erscheint. Die Verproviantierung der Streitkräfte untersteht einem Ausschuß von 20 Mitgliedern, die der Bevölkerung wird von dem Exekutivausschuß des Beschlagnahme- und Requisitionswesens gebildet.

zu Absatz 5:

Waffensammelstellen werden errichtet in Rothenstein, in der Kaserne der Kranzer Allee, in der Schloßwache, in der Universität, im Hauptpostamt, in der Kaserne am Trommelplatz und in der Haberberger Artilleriekaserne. Die Exekutivkomitees nehmen ihren Sitz im Schloß und legen die umliegenden zahlreichen Kaffeehausräumlichkeiten für die Verwaltung der Provinz mit Beschlag. Die Unterbringung der Streitkräfte unterliegt einer besonderen Verordnung, das gleiche trifft für die Ordnungstruppen zu. Die Bahnhöfe unterstehen dem neuen Kommando K, für das die Instruktionen fertiggestellt worden sind.

Die Instruktionen für die Abteilungen (folgt eine Reihe von Zahlen und Ziffernbezeichnungen) liegen beim Exekutivausschuß, der auch nebenher das Geiselwesen (!) zu besorgen hat. Die Bürgerkontrolle und die Besetzung der Verwaltungsposten ordnet ein besonderer Entwurf. Ueber die ostpreußischen Landteile ergehen Verordnungen von den in Königsberg errichteten Verwaltungen aus.

zu Absatz 7:

Gefangenensammelstelle ist nunmehr Heilsberg.

an Herrn Droumont. gez.: Stabinoff.

Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht

Annahme des Gesetzentwurfs in allen 3 Lesungen gegen die Stimmen der Rechten — Stürmische Auseinandersetzungen zwischen der Rechten und der äußersten Linken — Annahme der Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit gegen die Stimmen der Rechtsparteien

Die Einleitung der gestrigen Beratung bildete eine große Reihe von Anfragen und Interpellationen. Darauf kam das Hauptthema der Sitzung, die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, auf die Tagesordnung. Dabei kam es zu einer Reihe stürmischer Auseinandersetzungen und Lärmszenen von Seiten der Herren Unabhängigen, die die Worte unseres Abgeordneten, Generals von Gallwitz, dieses alten aus der rühmlichen Zeit unserer Kriegsgeschichte so wohlbekannten Feldherrn, mit wüsten Anpöbeleien und Schmähungen niederbrüllen wollten. „Unsere Wehrmacht", so sagte er, „ist ohne Beispiel gewesen". Dieses wurde von allen Parteien zugegeben außer eben der Linken. Glücklich pries er die deutschen Männer, die tot auf dem Felde der Ehre blieben, und so nicht mehr den Untergang des Deutschen Reiches zu sehen brauchten. Ein tosender Beifallssturm erhob sich auf der Rechten bis weit in die Mitte hinein. Genosse Lebebour und Hoffmann setzten ihrem schändlichen Treiben die Krone auf, als sie dem Redner „Totengräber" zuschrien, was die Rechte mit stürmischen Pfuirufen beantwortete. Wiederholt mußte die Klingel des Präsidenten dem Toben Einhalt gebieten. General von Gallwitz schloß mit den Worten: „Preis und Heil unserem herrlichen Heere, unserer Marine und unserem herrlichen alten Deutschen Reich.". Lautes Bravorufen belohnte diese mannhaften Worte. Als dann der Unabhängige Dr. Rosenfeld in der üblichen vaterlandslosen Weise von dem Elend der allgemeinen Wehrpflicht sprach, verließen beide Rechtsparteien unter Protest den Saal.

*

14. Sitzung. Freitag, 30. Juli, 11 Uhr vormittags.

Das Haus steht heute in dem Zeichen der kleinen Anfragen. Nicht weniger als 41 Fragen harren der Beantwortung. Eine Reihe von Anfragen muß abgesetzt werden, weil die Fragesteller nicht anwesend sind.

Abg. Freiherr von Lersner fragt an, was die Regierung zur Befreiung der noch in Avignon zurückgehaltenen Gefangenen zu tun gedenke.

Ein Regierungskommissar entgegnet, es handelt sich um 350 Gefangene, die während der Gefangenschaft sich Straftaten hätten zuschulden kommen lassen. Die Regierung habe ihre Begnadigung verlangt und die französischen Behörden seien nunmehr mit der Prüfung beschäftigt.

Abg. Dr. Kahl (D. Vpt.) fragt an, was die Regierung gegen das Verbot des Singens nationaler Lieder und der deutschen Fahne im besetzten Gebiet zu tun gedenke.

Ein Reichskommissar entgegnet, die Regierung habe die Aufhebung des Verbots gefordert und schärfsten Protest erhoben.

Auf Anfrage des Abg. Hoetzsch (Dtschn.), welche Maßnahmen die Regierung im Einvernehmen mit den großen wirtschaftlichen Instituten ergreifen wolle, um dem Notstand der deutschen Wissenschaft zu steuern, die wegen der Steigerung der Druck- und Materialpreise ihre Publikationen gefährden, entgegnet der Staatssekretär Schultz, die Angelegenheit befinde sich im Stadium der Vorbereitung und werde dem Hause in einer ausführlichen Denkschrift vorgelegt werden.

Abg. Frau Pfülf (Soz.) fragt, ob die Regierung den durch Reichsverfassung bedingten Entwurf über die Ausgestaltung der Schulgesetzgebung in den einzelnen Ländern erledigen wolle.

Staatssekretär Schultz erwidert, daß die Vorarbeiten im Gange seien. Bis zur Vorlegung, die im Herbst erfolgen werde, müsse aber unbedingt provisorische Baldeutschkeit eintreten werden.

Abg. Gothein (Dem. Vpt.) fragt an, ob die Regierung nicht angesichts der Notlage des deutschen Zeitungsgewerbes und der hohen Papierpreise eine Hilfsaktion für die Presse in verstärktem Maße aufnehmen und billige Papierlieferungen durchsetzen wolle.

Ein Regierungskommissar erwidert, die Regierung habe für die Zeit vom 1. März bis 1. Juli den Betrag von 10 Millionen Mark zur Senkung der Papierpreise zur Verfügung gestellt. Eine ähnliche Summe werde für die Zeit nach dem 1. Juli folgen. Desgleichen würden auch für spätere Zeiten neue Mittel zur Verfügung stehen. Die Regierung werde weiter auf die Senkung der Preise Bedacht nehmen und sich mit den Ländern in der Papierholzfrage aufs neue ins Benehmen setzen.

Abg. Simon (Soz.) fragt, was die Regierung tun wolle, um anläßlich der in Augsburg vorgenommenen Entfernung verfassungstreuer Mannschaften aus dem 42. Stützenregiment diese Maßregelung durch das Offizierkorps zu verhindern.

Ein Regierungskommissar erwidert, die aus Anlaß des Kappputsches gegenüber Offizieren erhobenen Beschuldigungen hätten sich als unwahr bewiesen. Dagegen habe sich im Regiment ein bestimmter Kreis von Unteroffizieren und Mannschaften im Sinne politischer Betätigung zusammengeschlossen, was geeignet sei, Mannszucht und energischen Zusammenhalt zu fördern. Getreu dem Grundsatz des Präsidenten, daß Politik von der Reichswehr fernzuhalten sei, sei die Entlassung der Mannschaften ohne Rücksicht auf ihre politische Gesinnung erfolgt.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) weist auf die Gefährdung der Monumenta Germaniae historica hin und fragt, was geschehen soll, um dieses große nationale Unternehmen lebensfähig zu erhalten.

Staatssekretär Schultz erwidert, daß die Regierung die Notwendigkeit der Unterstützung anerkenne. Bei der Reichsregierung schwebten zurzeit eingehende Erörterungen, welche Maßnahmen getroffen werden könnten, um der Wissenschaft im allgemeinen aufzuhelfen.

Abg. Kunert (U. S.) bedauert, daß bei der Mittellandkanal-Vorlage Preußen die Mittellinie ohne Verbindung mit der Saale gewählt habe. Damit seien Mitteldeutschland und die nichtpreußischen Gebiete benachteiligt.

Ein Regierungskommissar erwidert, daß die preußischen Interessenten sich mit großer Mehrheit für die Mittellinie ausgesprochen hätten. Diese Linienführung werde auch nach der Uebernahme des Baues durch das Reich beibehalten werden.

Abg. Frau Zetkin (Kom.) fragt an, ob es wahr sei, daß der englische General Malcolm in Begleitung deutscher Offiziere nach Warschau gefahren sei.

Major von Bötticher erklärt, daß das nicht der Fall gewesen sei. Es könne auch angesichts der Neutralitätserklärung überhaupt nicht der Fall sein.

Es folgen Interpellationen.

Die demokratische Partei interpelliert wegen der Höhe der durch die Besetzung der Rheinlande erwachsenden Kosten.

Ein Regierungskommissar erklärt, die Regierung werde innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist antworten.

Eine Reihe kleinerer Vorlagen wird ohne Debatte genehmigt.

Zur Beratung des Gesetzentwurfes über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die Regelung der Dauer der Dienstverpflichtung spricht zunächst

Abg. von Gallwitz (Deutschnat.): Wenn gestern eine Säule aus dem stolzen Bau des deutschen Reiches herausgebrochen worden sei, solle heute das ganze Gebäude zum Einsturz gebracht werden. Ein Söldnerheer sei für uns nicht brauchbar. (Seine Ausführungen geben zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Unabhängigen und den Mitgliedern der Rechten Anlaß. Redner wird überschrien und erst der Präsident muß Ruhe schaffen.) Als Redner der russlandbeträgten Fahnen von Gent und Marne gedenkt, bricht ein ohrenbetäubendes Toben und Kreischen aus, das minutenlang andauert.

Abg. Rosenfeld (U. S.) fordert vor dem Elend zu schützen, das die allgemeine Wehrpflicht und mit ihr der Militarismus hervorgerufen habe. (Stürmische Proteste und Pfui-Rufe rechts.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192007311-14/fragment/page=0001

Die Deutschnationalen und Mitglieder der Deutschen Volkspartei verlassen den Saal.) Die große Mehrheit des deutschen Volkes trauere um ihre Verluste, nicht um die allgemeine Wehrpflicht.

Abg. von Karhorst (D. Vpt.) bittet in diesem Augenblick, wo wir an Grade aller Hoffnungen ständen, dem Ernst der Stunde etwas feierlicher gegenüberzustehen. (Die Rechte betritt wieder den Saal.) Der preußische Militarismus sei tot, der französische Imperialismus aber sei der Bolschewismus, nicht Militarismus. Daß die Bestimmung eine unendlich tiefe Schmach für unser Vaterland sei, dafür müßte auch die Linke ein Verständnis haben. Bismarcks Bestreben war die Ruhe Europas, und nichts anderes gilt von der wilhelminischen Zeit, wenn auch vielleicht manches Wort gefallen sei, das besser ungesagt geblieben wäre. Unsere wirtschaftliche Stärke beruhe darauf, daß jedermann durch die Schule des dunklen Rockes gegangen sei. (Lebhaft rufe: Schinderei, Würdelosigkeit, ernente Lärmigenen.) Wir müssen irgend einen Ersatz schaffen. Der Leibesübungen muß mehr Sorge zugewendet werden, stelle doch auch das Erfurter Programm ähnliche Forderungen. Eine Diktatur Rosenfelds werde sich das deutsche Volk nicht gefallen lassen, auch nicht der deutsche Arbeiter. Andererseits aber lehre das Auftreten der Unabhängigen Zurückstellung kleinlicher Parteiübertreibungen und Zusammenschluß aller Parteien, um die im Volke zusammenzuhalten Kräfte neu zu beleben.

Abg. Dr. Schücking (Dem.) begründet seinen Antrag auf Einführung eines allgemeinen wirtschaftlichen Dienstjahres der männlichen und weiblichen Jugend. Erziehung zur sozialen Gemeinschaft, zum bewussten Bürgertum zusammen mit wirtschaftlichen Fragen. Beschäftigung mit Handarbeiten und landwirtschaftlichen Arbeiten seien die Forderungen seines Antrages.

Abg. Dr. Breitscheid (S.) lehnt den Antrag Schücking ab.

Abg. Schöpflin (Soz.): Der Gedanke des Antrages Schücking sei gut, aber er halte den Antrag in diesem Rahmen nicht geeignet, zumal auch ein schlechter Eindruck auf das Ausland zu befürchten stehe.

Abg. Frau Wurm (U. S.) erwartet nichts von dem Antrag Schücking. Sie verlangt eine völlige Aenderung der Jugenderziehung und zwar für alle gemeinsam.

Abg. Haas (Dem.) bedauert, daß nicht alle heute von Trauer erfüllt seien und versteht die Haltung der Unabhängigen nicht. Das Gesetz müsse verabschiedet werden, aber so könne es nicht bleiben, daß alle Welt in Waffen starre und nur wir wehrlos bleiben.

Abg. Herschel (Ztr.): Es wäre würdiger, das Gesetz ohne Debatte zu verabschieden. Die allgemeine Wehrpflicht sei eine Schule der Ordnung und Unterordnung gewesen, ein Ausfluß eines demokratischen Gedankens.

Abg. Leicht (Bayr. Vpt.): Unter dem Druck der Verhältnisse stimme seine Partei der harten Notwendigkeit des Entwurfes zu.

Reichswehrminister Geßler: Der Entwurf ist eine Ausführung des Diktates von Versailles. Auch für die Regierung ist die allgemeine Wehrpflicht ein Paladium der Treue zum Volk. Ich danke den Abgeordneten, die dem alten Heere gewürdigt haben. Ich glaube nicht, daß dieser Ausnahmezustand für uns von langer Dauer sein kann. (Hört, hört, links.) Das deutsche Heer war nie ein Instrument des Angriffs.

Abg. Schücking zieht seinen Antrag zurück.

Der Gesetzentwurf wird darauf in zweite und dritter Lesung angenommen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und einigen Mitgliedern der Deutschen Volkspartei.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes.

Abg. Keil (Soz.) bedauert, für seine Partei die Zustimmung nicht geben zu können, da die Steuer heute das Doppelte des Kohlenpreises von 1917 betrage. Seine Freunde hätten beantragt, die Kohlensteuer nur noch ¼ Jahr gelten zu lassen und in der Zwischenzeit eine Vorlage über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues einzubringen.

Abg. Eichhorn (U. S.): Seine Partei beantragt Herabsetzung der Steuer auf 4 M. für die Tonne und Befreiung des Hausbrand von jeder Steuer.

Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Das Gesetz wird darauf in dritter Lesung gegen die beiden Linksparteien angenommen.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzentwurfes betreffend Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Abg. Radbruch (Soz.) polemisiert gegen den Antrag der Mehrheitsparteien, daß die Militärgerichtsbarkeit aufgehoben werden soll, abgesehen von dem Strafverfahren in Kriegszeiten und gegen die an Bord von in Dienst gestellten Kriegsschiffen eingeschifften Angehörigen der Reichsmarine.

Abg. Brüninghaus (D. Vpt.) verweist darauf, daß für die Marine besondere Verhältnisse vorliegen.

Reichswehrminister Geßler erklärt sich für den Antrag.

Abg. Rosenfeld (U. S.) ist der Ansicht, daß der Antrag der Mehrheitsparteien gegen die Verfassung verstoße.

Zum Paragraphen 1 wird der Antrag der Mehrheitsparteien im Wege des Hammelsprunges mit 188 gegen 168 Stimmen angenommen.

Zu der Gesamtabstimmung, die die Annahme des Gesetzes gegen die beiden Rechtsparteien ergibt, stellt Vizepräsident Weil fest, daß mehr als zwei Drittel der Anwesenden für das Gesetz gestimmt haben und daß damit auch für den Fall, daß eine Verfassungsänderung vorliege, dem Gesetze Genüge geleistet sei.

Der Gesetzentwurf über die vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Uebergangswirtschaft wird in dritter Lesung mit mehr als zwei Drittel der anwesenden Stimmen angenommen.

Nach Erledigung der Etatsergänzungen zum Reichsverkehrsministerium: Rechnungshof und Wiederaufbauministerium, vertagt sich das Haus auf Sonnabend vormittag 11 Uhr: Entwaffnungsvorlagen, Fortsetzung der Etatsberatung.

Präsident Loebe macht Mitteilung, daß voraussichtlich auch am Montag und Dienstag noch Sitzungen stattfinden werden.

Schluß 7½ Uhr.

Abbau der Kohlenpreise

w. Berlin, 30. Juli.

In einer bis in die späten Abendstunden dauernden Sitzung beriet der Reichskohlenverband zusammen mit dem großen Ausschuß des Reichskohlenrates gestern über die Herabsetzung der Braunkohlenpreise. Nach einer unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Hirsch abgehaltenen Besprechung beschlossen beide Körperschaften, den Preis für das mittel- und ostdeutsche Revier bei Briketts um 18 M. pro Tonne, bei Rohbrennkohle um 9 M. für die Tonne herabzusetzen und für das rheinische Gebiet den Preis für Briketts um 12 M., für Rohbrennkohle um 6 M. herabzusetzen. Hierzu kommen für den Verbraucher noch 20 Prozent der ruhigen Betriebe, die an Kohlensteuer gespart werden. Der Beschluß bedeutet also eine Herabsetzung der Braunkohlenpreise um etwa 12—15 Prozent und stellt einen erheblichen Fortschritt auf dem Wege des allgemeinen Preisabbaues dar.

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Baden

b. Karlsruhe, 30. Juli.

Im badischen Landtag wurde gestern der Antrag des Ausschusses über die Aufhebung der Zwangswirtschaft und die Richtlinien über den Abbau der Preise einstimmig genehmigt. Der Minister des Innern Remmele erklärte, daß die Reichsregierung sich mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft in Baden nicht einverstanden erklärt und bereits Repressalien angekündigt habe. Die Reichskartoffelstelle hat es vor allem nicht für nötig gehalten, für Baden Kartoffeln aus Norddeutschland anzuweisen. Die badische Regierung müsse daher jetzt versuchen, sich mit der Reichsregierung auf eine Linie zu stellen. Die Städte haben es abgelehnt, die Kartoffelversorgung noch einmal zu übernehmen und zu rationieren, so daß neue Schwierigkeiten eingetreten sind.

Freier Fernsprechverkehr nach Ostpreußen

w. Berlin, 30. Juli.

Um den Telegraphen- und Fernsprechverkehr mit Ostpreußen unabhängig zu machen, ist ein Kabel zwischen Ostpreußen und der pommerschen Küste gelegt worden, das voraussichtlich etwa am 4. August endgültig fertiggestellt sein wird. Es soll in erster Linie dem Verkehr der Städte Berlin—Stettin und Hamburg zugute kommen. Das Kabel, das in Leba beginnt und in Tonkiten endet, ist das längste Fernsprechkabel der Welt mit 170 Kilometer Länge, während das bisher längste Kabel nach Schweden 135 Kilometer mißt.

Bolschewistischer Gimpelfang

Unter dieser Ueberschrift macht die „D. T." aufmerksam auf russische Werber, die unter glänzenden Versprechungen deutsche Fachmänner in den Dienst der Sowjetrepublik zu locken hoffen. Es handelt sich um die Interessengemeinschaft der Auswanderungsorganisationen nach Sowjetrußland, die ihren Sitz in Leipzig hat.

Sie ist in der Lage, einen Brief veröffentlichen zu können, der an einen deutschen Landwirt gerichtet ist, der die Auswanderung erwogen hatte. Es heißt da:

Es handelt sich um die Uebernahme einer leitenden Stellung auf russischen Staatsgütern. Wie Ihnen vielleicht schon bekannt sein dürfte, sind in Rußland alle größeren Kron- und Privatgüter in Staatseigentum überführt worden. Der unterzeichneten Organisation nun, welche zwecks Ueberlassung von Siedlungsland im vergangenen Jahre und zum zweiten Male dieses Jahr je eine Delegation erfolgreich zur russischen Regierung entsandte, wurde neben einem großen Siedlungsgebiet am Maloma auch die Besiedlung der verstaatlichten Großgüter übertragen. Die Art und Weise derselben ersehen Sie aus der sechsten Spalte unserer beigelegten Mitteilungen betr. „Bestimmungen für Sowjetkommunen". Der Beginn der Besiedlung derselben mit deutschen Arbeitskräften ist eine rationelle Hebung der russischen Bodenkultur. In diesem Sinne sind die Verträge zwischen der russischen Regierung und unserer Organisation abgeschlossen. Wir haben nicht nur das Land zu besiedeln, sondern auch zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen bezüglich Land-, Forst-, Weidewirtschaft, Samen- und Gemüsekultur, Vieh-, Fisch-, Bienenzucht, Molkerei usw. Die pünktlichen Arbeitskräfte sind in unserer Organisation zum Auswandern und Besiedeln genügend vorhanden. Wir sollen diese zu Musterwirtschaften für die gesamte russische Bodenkultur ausbauen.

Man sieht aus diesem Briefe, daß die Regierung in Moskau in der Tat einsieht, daß es so nicht weiter geht und daß sie entschlossen ist, den Schaden wieder gut zu machen, den auslaufende der Nationalismus der russischen Volkswirtschaft bald nach Kriegsausbruch zufügte. Vor sechs Jahren saßen als Direktoren von Fabriken, als Verwalter großer Güter Hunderte von Deutschen in ganz Rußland zerstreut. Aber als der Krieg kam, wurden sie alle aus ihrer Tätigkeit herausgerissen und in Sibirien interniert. Noch sind die Zustände in Rußland nicht gefestigt genug, daß man die Wiederkehr ähnlicher Rechtsbrüche für ausgeschlossen erklären könnte. Ueber große Pläne und Entwürfe ist man nirgends hinausgekommen, so daß es schwer verständlich ist, wie Minister Simons im Reichstage die aufbauende Tätigkeit der Sowjetregierung uneingeschränkt preisen konnte. Er befand sich hier in der ihm sicher selbst peinlichen Gesellschaft der kommunistischen „Rote-Zeitung", in deren Spalten ein Genosse Müller allerdings nicht genug rühmen kann. Aber es handelt sich eben nur um Gesetze und Verordnungen, die auf dem Papier geblieben sind. Englische und französische Arbeiter, die Gelegenheit hatten, sich an Ort und Stelle zu unterrichten, urteilen ganz anders.

Bestürzung in Paris

b. Paris, 30. Juli.

Die gestrige Sitzung des Ministerrats war vollständig der polnischen Frage gewidmet. Alle Minister stimmten darin überein, daß der Zusammenbruch Polens ein nicht wieder gutzumachender Schlag für Frankreich bedeuten würde. Millerand erklärte, daß die polnische Niederlage Bestürzung in den französischen politischen Kreisen hervorgerufen hat. Das Ende Polens bedeute die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht in Frankreich. Der Rat beschlossen, jede Politik, die die Sowjets schonen könnte, zu unterlassen und eine große militärische Aktion zugunsten Polens zu unternehmen, selbst wenn diese Aktion für die äußere oder innere Lage Frankreichs ungünstige Folgen haben könnte. Der Rat hat von den von Marschall Foch ausgearbeiteten Plänen, die die Landung des alliierten Expeditionskorps in Odessa vorsehen, Kenntnis genommen. Die Antworten der englischen und der italienischen Regierungen werden noch erwartet, um definitive militärische Maßregeln zu ergreifen.

Immer dieselben!

Im „Figaro" leistet sich der französische General Bourgeois, „Membre de l'Institut et Sénateur du Haut-Rhin", einen Leitartikel über den „Rhein als militärische Grenze", der in folgender Forderung gipfelt:

„Bis zum Rhein muß unbedingt unsere militärische Grenze vorgeschoben werden. . . Das Rheinland muß zwischen den französischen und belgischen Grenze und dem Rhein eine Mark bilden, die sie von Deutschland trennt, eine Mark, die eine besondere politische Organisation haben müßte und von no deutsche Militärmacht unbedingt für immer ausgeschlossen bleibt. Diese Mark muß das Glacis zwischen den Ländern des alten Galliens und den germanischen Ländern bilden . . ."

Die Beseitigung der Fernsprechanleihe

verlangt folgende von den Deutschnationalen zur Beratung der Notetats eingebrachte Entschließung:

Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu ersuchen: baldmöglichst einen Gesetzentwurf betr. Abänderung des Gesetzes vom 8. Mai 1920, Reichsgesetzbl. S. 894 beregen, der den einmaligen herzustlichen Betrag von 1000 M für Fernsprechanschlüsse beseitigt.

Bei Friedrich Krupp ist die Umstellung jetzt schon soweit gediehen, daß der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach dem Fahr'schen System in Massenfabrikation geschieht. Es mit der Maschinenfabrik Fahr, Aktiengesellschaft in Gottmadingen (Baden) gemeinsam begründete Krupp-Fahr, Ernte-maschinen-Vertrieb G. m. b. H. nimmt am 1. September in Berlin ihre Tätigkeit auf. Der Absatz im Ausland geschieht vorläufig durch die Werke selbst.

(Nachdruck verboten.)

Die Kinderlosen

36] Roman von Marie Diers.

Er hatte vielleicht erst noch einigermaßen guten Willen, mit dem vertrotteten Leben noch irgendwie zurecht zu kommen. Wenn man sich einmal aussprechen könnte mit jemandem — so recht von Grund heraus — über alles — wie ein anderer drüber denkt — nicht wie man gewöhnlich so etwas abtut, sondern wenn einem das Messer an der Kehle sitzt — denn da ist doch wohl was dahinter — schon wenn man als Mediziner ernstlich nachdenkt — dieser sogenannte Materialismus, der ist doch eigentlich nur ein Stillstehen an einem bestimmten Punkt, an dem alle stehen bleiben, aber Antwort, eine richtige, ehrliche Antwort gibt er doch auch nicht — nein, weniger gibt er sie als der Glaube, so das Christentum, das der da hinten in der kleinen Giebelstube vertritt — denn das läßt doch allerhand offen für das, was da ist — und da ist doch wirklich etwas — eine Kraft mindestens, eine dunkle, eine bewußte Kraft.

Und wie es dann ist mit dem Tode und dem Wiedersehen? Das wäre doch noch etwas, wenn man Mutter im Jenseits einmal wieder träfe! Dann brauchte einem dieser scheußliche Schluß doch nicht so die Kehle abzuwürgen. — Oder geht ein Menschenleben aus, wie man ein Licht auslöscht —?

Wie diese Fragen sich über einen werfen können wie die Wölfe! War man denn reinweg verblödet, daß man sein halbes Leben an ihnen vorbeilief, als seien sie nicht? Wie die Tiere es tun. Ja, meine Gäule zerbrechen sich auch nicht die Köpfe, wenn sie nur ihr Fressen haben. Und wir wollen besser und geistiger sein?

Mit jemandem sprechen können. Aber mit wem? Den Pastor ablaufern? Der weiß es natürlich am besten. Aber es ist so verdammt komisch. Das stelle man sich mal vor, daß ein Doktor zum Pastor läuft: „Ach bitte, sagen Sie mir doch mal" usw. Man kriegt nachher das blamierte Gefühl gar nicht aus dem Kopf heraus. Man kommt sich dann vor wie einer von den Betbrüdern. Und dann, da ist sowieso nicht der richtige Platz. Der hat ja natürlich die feste Meinung, da sitzt er dahinter und schießt daraus seine Kugeln ab. Donnert und schimpft womöglich, wenn man andere Meinung hat. So weit bin ich noch nicht, ich will einen haben, der so drin steckt wie ich. Der mich versteht.

Die Stammtischfreunde? Das wäre ein Jux. „Liechen will fromm werden!" Man hört sie schon. Dämliche Bande. Aber ob es wirklich nicht mal dem einen und dem andern unter der Weste gebrannt hat? Zum Donner nochmal, die Fragen sind doch da! Ja, — aber — es ist nun wohl mal so — man spricht nicht davon, bei unseresgleichen.

Minnie — — das wäre noch etwas. Das ist doch deine Frau, Mensch. Die Frau kann einem in jeder Fassung sehen, da gibt es nichts von Bloßstellen und Schämen und dergleichen. Frauen sind doch eben mehr für solche Dinge. Wer geht in die Kirche? Die Frauen. Wer betet bei jedem Gewitter? Die Frauen. Wo findest du allemal eine Bibel zwischen den Büchern? Bei den Frauen.

Man muß nur erst einmal den Anfang machen. Der ist natürlich oberdämlich. So das erste Wort — scheußlich. Aber man kommt schon darüber weg.

Aber unterwegs wurde ihm wieder so ein bißchen merkwürdig im Kopf. Die Welt sah so unsagbar alltäglich aus. Schon wie sein Kutscher die Leine hochmahm, wie die Leute vorbeikamen, wie ein grauer Wind über die Ebene wehte. Und nun die Stadt erst gar. Die kleinen Häuschen. Da beim Schnittjuden Philippson saßen die schwarzhaarigen Töchter vor der Tür und guckten ihn an. Die wurden auch mit jedem Tage älter und gelber.

Man muß sich nur vergegenwärtigen, daß Mutter da oben stirbt. Ach, die ist ja schon vor Wochen gestorben. Warum weine ich eigentlich nicht? Oeder, stillloser Kerl, der ich bin. —

Nur der Kopf ist leer und heiß wie eine glühende Trommel. Ist dies bohrende Kopfweh vor Gott soviel wie Weinen? Es gilt ja doch auch der Mutter. —

Minnie hat Besuch. Umhänge und Schirme sind in der Flur. Helles, silbernes Gelächter schlägt heraus. Er sieht da mit seinen blauen hilflosen Augen. — Minnie, glaubst du an Gott, an den Teufel, an die Auferstehung der Toten —? Wieder das schmetternde Lachen. Ist das die Antwort? — Oder nicht? Es hat niemand die Frage gehört. Soll ich hineingehen, sie alle fragen? Es sind ja Frauen. Frauen sind fromm.

Die lachen und Mutter stirbt, und ich bin der gefühllose, unnützliche Kerl auf dem Erdenrund. —

Ach, es ist ja alles gleich. Helfen kann dies nicht mehr, kann das nicht.

Er riß die abgezogene Mütze vom Ständer und schwang sie sich wieder auf den Kopf. Dann ging er ins Wirtshaus.

Das ist dann auch eine Antwort, vielleicht die beste. Die Geister des Weines, das sind die klügsten, und sie sind frank und frei und halten nicht schüchtern hinter den Berge. Da ist auch plötzlich die schwere Zunge gelöst. — Wo den Teufel? An einen einzigen Teufel glaubt du lieber Mensch, guck dich doch um, da sitzt ja auf jeder Tischkante ein halbes Dutzend. Die ganze Luft ist voll von ihm. Schade auch, wenn's nicht so wäre." Und Gott? Ja, Gott schlägt den Teufel tot, aber er wächst immer wieder neu. Und die Geschichten nach dem Tode? Ja, so was gibt es. Meine Tante Sophie hat meine Großmutter am Bettlaken gezaupft, als sie mit dem Schiff nach Amerika untergingen.

Tien wurde schwermütig. „Ich habe meine Mutter nicht sterben sehen, ich rannte weg, der Pfaff prieschte furchtbar." Sie trösteten ihn. „Liechen, laß man, wir müssen alle einmal sterben. Wer weiß, wer einmal bei uns dabeisteht."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192007311-14/fragment/page=0002

Sinkende Preise und Rücktritt des Käufers vom Vertrage

Von
Dr. jur. Roeder, Berlin.

Infolge Rückwärtsschreiten der Warenpreise mehren sich die Fälle, in welchen der Abnehmer einer bestellten Ware von dem eingegangenen Vertrage zurücktritt. Auch die Fälle jetzt nicht mehr selten, daß der Lieferant, der nichts mehr über die bestellten Waren hören ließ, plötzlich Ware liefert, aber zu einem solchen Preise, daß der Käufer eine Gänsehaut über den Rücken läuft. Sehen wir uns alle diese Vorkommnisse genauer an, so handelt sich hier um Aufträge aus sogenannten freibleibenden Lieferungsverträgen. Wie liegt hier die Rechtslage?

Mögt man die Interessen von Verkäufer und Käufer gegen ab, so kommt man zu dem Resultate, daß der Käufer von der Abnahme befreit wird, wenn der Verkäufer unter Ausnutzung der Konjunktur die Ware anderen Käufern, denen höhere Preise bezahlten, abgab. Ein derartiges Geschäftsgebaren verstößt gegen Treu und Glauben; der Käufer kann also dem Verkäufer die Einrede der Arglist entgegenhalten. Dieser Beweis dürfte sehr leicht dadurch zu erbringen sein, indem er die Vorlage der Geschäftsbücher des Verkäufers und deren Nachprüfung durch den gerichtlichen Sachverständigen verlangt. Nicht ganz einfach werden Verkäufer werden sich hüten, auf diesen Tang einzugehen. Auch den Käufern, die immer auf Waren warten, die nun plötzlich mit horrenden Preisen einsetzen, dürfte leicht mit der Rechtsprechung zu helfen sein. Sämtlich hat das Reichsgericht über alle vor dem Kriege geschlossenen Verträge entschieden: der Lieferant braucht seine Lieferungsverträge infolge der völlig veränderten Wirtschaftslage nicht mehr innezuhalten (vergl. Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht 1920, Sp. 113). Nun, was das Reichsgericht über die „zu billige" Ware dort ausführt, kann jetzt, und zwar auch infolge der veränderten Wirtschaftslage für die „viel zu teuren Waren" gelten. Ob die Anwendung diesem Gesichtspunkte Rechnung tragen wird, bleibt abzuwarten.

Allerdings handelt es sich in besagter Rechtsprechung um Kupfer, Automobile, Schiffsrumpfe usw., also weniger Massenware, die immer ein spekulatives Interesse hat. Trotzdem dürften die Abnehmer von Waren nicht ganz ohne Mut ausgehen. Das Reichsgericht hat sich nämlich in der jüngsten Entscheidung (die Ausfertigung des Urteils ist noch veröffentlicht) dahin ausgesprochen, daß bei Lieferungsverträgen, in denen die Preise freibleiben sind, die Abnahme freibleiben sein müsse! Nach dieser Entscheidung kann der Lieferant, der jetzt von seinem Abnehmer die Abbestellung wegen den viel zu teuren Preisen erhielt, wohl kaum etwas in zivilrechtlicher Hinsicht unternehmen. Es ist das ein furchtbarer Schlag für alle „freibleibenden" Lieferanten, die in der Teuerungskonjunktur zunutze dachten. Für Lieferanten aber, die sich keines Verstoßes gegen Treu und Glauben im Geschäftsverkehr zuschulden kommen ließen, empfehlen wir den gewiß unanfechtbaren Zusatz zu ihren Bestellzetteln und Rechnungen: „Sollten die Gestehungskosten infolge Arbeiterlöhnen oder anderer wichtiger Zuträgnisse, die verteuernd auf unsere Produktion einwirken, am Tage der Warenlieferung gegenüber sein, so verpflichten sie sich, den hierauf entfallenden Mehrbetrag zu bezahlen, wie auch wir uns verpflichten, niedrigere Preise am genannten Tage zu berechnen, wenn die Gestehungskosten billiger werden sollten."

Durch die Aufnahme dieser Klausel dürfte der Handel wieder in solide Bahnen gelenkt werden, was bei der Parole freibleibend unmöglich war. Steigen die Preise, wie es jetzt wohl kaum anzunehmen ist, so hätte der Lieferant die Notwendigkeit der Verteuerung zu beweisen. Fallen die Preise, dann tritt der Wettbewerb wieder auf, der für billigere Preise sorgt. Dieser war bei der steigenden Konjunktur an die Wand gedrückt worden, so daß sich in allen Geschäftszweigen ein gutgemästetes Schiebertum breitmachen konnte. Um das letztere mit verschwinden zu lassen, sollte jeder Abnehmer unter „freibleibend" gestellte Verkäufe ablehnen. Denn diese Klausel ist schuld daran, daß die Unsolidität in den deutschen Handel eindrang. Sind doch die Fälle sehr zahlreich, in denen Lieferanten sogar Anzahlungen entgegennehmen, um aber von den Lieferungen zu drücken suchten, sobald sie eine bessere Verkaufsgelegenheit winkte. Ja, es sind sogar Fälle nachgewiesen worden, in denen der Lieferant Landsverträge unter dem Vorwand annullierte, daß er für die betreffenden Waren die Ausfuhrbewilligung erhalten worden sei, während diese, wie der Kommissar für die Ein- und Ausfuhrbewilligung feststellte, tatsächlich nie einmal nachgesucht worden war. Zu diesem Kapitel sei sich der Handelsvertragsverein in Spanien in folgenden, die deutsche Geschäftswelt rechtbestimmenden Worten aus: „Man habe vorläufig Deutschland aus den Listen der Lieferanten gestrichen, da man mit der Vertragstreue des deutschen Kontenten in der letzten Zeit sehr traurige Erfahrungen machen mußte." Sogar bei den Verhandlungen über das deutsch-holländische Kreditabkommen hat der Vertreter Hollands ausdrücklich darauf hingewiesen, daß man in Holland eine befriedigende Regelung hinsichtlich der Geschäftssicherheit fordern müsse und daß gegen die einzelne Aufhebung von Verträgen durch deutsche Lieferanten Schiedsgerichte einzusetzen sind.

Das sind wohl Beispiele genug, wie unsere kaufmännische Moral im Ausland eingeschätzt wird. Das erwähnte Urteil des Reichsgerichts erscheint als gerecht, und daher fort mit dem Worte „freibleibend" aus dem kaufmännischen Wörterbuch! Wer aber noch Verträge dieser Art zu erfüllen hat, der soll nun nicht gleich frisch drauf los abbestellen, sondern sich lieber vorher mit seinem Rechtsanwalt beraten, da fast jeder Vertrag ein besonderes Gesicht zeigt, und Einigung in Güte dem teuren Prozeßfieren immer vorzuziehen ist.

Kommunistische Verleumdung und Bürgerhetze

Bezeichnend für die Dreistigkeit der Kommunisten, die, während sie für alle Fälle die Waffen bereithalten und den verachten der ihnen als guten Staatsbürger die Ablieferung zustehen, ihrerseits in der terroristischen Art, das ach so friedliebende Bürgertum verdächtigen und der Entente denunzieren. Eine Probe ihrer Agitation bietet folgende Zuschrift aus Hannover:

Am 28. Juli sprach hier in Hannover der jüdische Justizrat Brob aus Charlottenburg in einer Versammlung der K. A. P. D. über das Thema: Der Zusammenbruch Deutschlands und der Siegeszug der roten Armee.

Herr Justizrat Brob glaubte, sich der Versammlung zunächst besonders dadurch anpassen zu müssen, daß er in Hembsärmeln sprach. Seine ganze Rede war naturgemäß eine Kette übelster Hetzereien und Verleumdungen und stand auf dem Niveau düsterster Hintertreppenklatsches. Es sei insbesondere folgende Bemerkung hervorgehoben: Herr Justizrat Brob sprach von den Gefahren, die für die Diktatur des Proletariats im bürgerlichen Kapitalismus lägen und erklärte, daß in Charlottenburg jeder Bürger sein Maschinengewehr und zahlreiche andere Waffen zu Hause habe. Ihm als Justizrat erzählten die Leute das, weil sie glaubten, er gehöre zu ihnen. Die Charlottenburger im allgemeinen und die Berliner Rechtsanwälte insbesondere können sich gratulieren, einen derartigen würdigen Vertreter in ihrer Mitte zu haben!"

Wir möchten dazu bemerken, daß die politische Stellung des Herrn Brob so bekannt ist, daß nur ganz Abnungslose glauben können, er gehöre zum bürgerlichen Kapitalismus und daß seinerseits durch geschickte Fragen noch ganz andere Schauergeschichten aus dieser Art von Klienten herauskitzeln kann. Und indessen auf die Schlußworte: Brob ist nicht der einzige seiner Art, die Zahl seiner gleichgesinnten Kollegen nimmt beständig zu.

Halle und Umgebung

Halle, 31. Juli.

Aus dem Haushaltsausschuß

Die Not des Stadttheaters. — 80 Prozent der Halleschen Kinder unterernährt. — Auflösung des Arbeiterrates Ende August.

Der Haushaltsausschuß setzte seine Beratungen mit dem Kapitel XI Stadttheater fort. Die Einnahmen aus Eintrittsgeldern für Stammkarten beziffern sich auf 940 000 Mark (+ 252 000 Mark) für Tageskarten auf 1 350 000 Mark (+ 1 Million). Die Kartensteuer erbringt 180 000 Mark (+ 164 000 Mark); neu eingestellt ist die Einnahme für die Sozialabgabe mit 28 000 Mark. Jede Eintrittskarte wird mit einem Abzug von 10 Pfennig bedacht zur Unterstützung von notleidenden Künstlern, außerdem wird ein gewisser Betrag der Wirtschaftsgenossenschaft der Theater zugeführt. Die Gesamteinnahme wird auf 1 975 000 Mark berechnet (+ 1 480 000 Mark). Die Verwaltung des Theaters verursacht eine Ausgabe von 96 000 Mark (+ 74 000 Mark), an Gagen sind 1 570 000 Mark (+ 1 165 000 Mark) zu zahlen. Die sächlichen Kosten belaufen sich auf 300 000 Mark (+ 225 000 Mark). Als Gesamtausgabe ergeben sich 2 450 000 Mark (+ 1 773 000 Mark), so daß ein Zuschuß von 475 000 Mark (+ 292 000 Mark) erforderlich ist. Bei dem Vergleich der Einnahmen und Ausgaben mit dem Vorjahre ist zu berücksichtigen, daß der vorjährige Etat nur auf 7 Monate lief. Ob der errechnete Zuschuß wirklich ausreicht, ist sehr fraglich; wahrscheinlich wird er noch wesentlich höher werden, so daß die Frage, ob nicht das Theater geschlossen werden muß, immer näher rückt. Der Zuschuß hat sich im Laufe der Jahre immer mehr erhöht, 1917/18 belief er sich auf 137 000 Mark, denen ein Gewinnanteil von 117 000 Mark gegenüberstand, 1918/19 stieg der Zuschuß auf 178 000 Mark bei einem Gewinnanteil von nur 43 000 Mark, 1919/20 wurde der etatmäßige Zuschuß von 182 000 Mark wesentlich übertroffen, er stieg auf 397 000 Mark infolge der Gagenerhöhung, ohne daß ein Gewinnanteil zu verzeichnen war. Eine nochmalige Erhöhung der Eintrittspreise ist kaum noch möglich, da schon die letztmalige Erhöhung eine starke Abwanderung zur Folge hatte. Vielleicht gestaltet sich das Gesamtbild etwas günstiger dadurch, daß in Bad Wittekind und in den Thaliasälen Theatervorstellungen gegeben werden bzw. gegeben werden sollen.

Das Statistische Amt erfordert an persönlichen Kosten 123 000 M. (+ 95 000 M.), an sächlichen Kosten 16 000 M. (+ 9000 M.). Da nur geringe Einnahmen vorhanden sind, beläuft sich der Zuschuß auf 139 000 M. (+ 104 000 M.). Die Erhöhung der sächlichen Kosten wird zum Teil dadurch bedingt, daß seit kurzem die statistischen Monatshefte der Stadt wieder erscheinen.

Kapitel XVII Straßenreinigung hat Gesamteinnahmen von 223 000 M. (+ 132 000 M.). Die persönlichen Kosten belaufen sich auf 1 641 000 M. (+ 984 000 M.), die sächlichen auf 332 000 M. (+ 220 000 M.), die Gesamtkosten auf 1 974 000 M. (+ 1 213 000 M.), so daß ein Zuschuß von 1 750 000 Mark (+ 1 080 000 M.) erforderlich ist. Kürzlich sind 10 Zugtiere zum Preise von 200 000 M. neu angeschafft worden, um die für die Stadt erforderlichen Fuhren mehr als bisher durch die eigene Verwaltung ausführen lassen zu können. Bei der großen Höhe des Zuschusses wurde wieder angeregt, die Straßenreinigung durch die Stadt einzuschränken und sie wie früher durch die Hausbesitzer selbst vornehmen zu lassen. Zu einem Antrag kam es indessen nicht.

Die Gartenverwaltung erfordert einen Zuschuß von 817 000 M. bei einer Einnahme von 106 000 M. (+ 87 000 M.) und einer Ausgabe von 923 000 M. (+ 556 000 M.).

Wesentlich umfangreicher geworden ist der Etat des Jugendamtes. Das rührt daher, daß die Fürsorge für die Pflegekinder von der Armenverwaltung abgetrennt und auf das Jugendamt übertragen ist. Neu eingerichtet sind sechs Kinderhorte. Die Einnahme beläuft sich auf 145 000 M. (+ 141 000 M.), denen eine Ausgabe von 2 009 000 M. (+ 1 885 000 M.) gegenübersteht, so daß ein Zuschuß von 1 868 000 M. (+ 1 742 000 M.) nötig ist. Bei den Ausgaben kommen die persönlichen Kosten mit 490 000 M. (+ 442 000 M.), die Pflegegelder und Erziehungsbeihilfen mit 450 000 M. in Betracht. Für Kleidung und Schuhwerk sind 150 000 M. angefordert, für Unterbringung von Kindern im In- und Ausland sind 100 000 M. vorgesehen, die Verpflegung der Hortkinder wird auf 63 000 M. berechnet, während für Anstaltspflege 301 000 M. nötig sind. Die bisherigen 6 Horte haben sich als nicht ausreichend erwiesen, sie decken nur ungefähr ⅓ des vorhandenen Bedarfs, so daß mit einer Erweiterung der Horte zu rechnen ist. Nach dem Gutachten des Stadtgesundheitsamtes sind 80 Proz. sämtlicher Schulkinder unterernährt, davon 70 Proz. der Kinder an höheren Schulen.

Neu erscheint in dem Etat die Hochbauverwaltung unter Kapitel XV A. Für diese ist erstmalig ein Gesamtetat aufgestellt, während früher die einzelnen Einnahmen und Ausgaben bei den einzelnen Kapiteln berechnet wurden. An Einnahmen sind vorgesehen 2 929 000 M., an Ausgabe 3 451 000 Mark, so daß ein Zuschuß von 792 000 M. erforderlich erscheint.

Kap. XIV Feuerlöschwesen erwartet eine Einnahme von 23 000 M. (+ 11 000 M.), eine Ausgabe von insgesamt 1 111 000 M. (+ 862 000 M.). An einmaligen Ausgaben sind noch 100 000 M. für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen vorgesehen, ein Betrag, der voraussichtlich überschritten werden muß. Der Gesamtzuschuß beläuft sich auf 1 088 000 M. (+ 850 000 M.).

Kap. XV B. Tiefbauverwaltung sieht eine Einnahme von 80 000 M. vor (+ 25 000 M.). In Ausgabe sind gestellt für persönliche Kosten 558 000 M. (+ 816 000 M.), für sächliche Kosten 37 000 M. (+ 11 000 M.), für Straßen 892 000 Mark (+ 558 000 M.), für Brücken 100 000 M. (+ 100 000 M.). Die Gesamtausgabe beträgt 1 584 000 M. (+ 985 000 M.). Als einmalige Ausgabe sind 300 000 M. für Neupflasterungen und 85 000 M. für die Instandsetzung der Brücken in Anschlag gebracht. Der Gesamtzuschuß erreicht eine Höhe von 1 504 000 M. (+ 959 000 M.). In der Besprechung wurde angeregt, die Straße Neumark mit leichter Chaussierung zu versehen, da sie bei schlechtem Wetter jetzt kaum passierbar sei. Seitens des Magistrats wurde darauf hingewiesen, daß dieser Wunsch wohl noch zurückgestellt werden müsse, da 1 Quadratmeter Chaussierung jetzt 50 M. gegen früher 4 bis 5 M. kostet, 1 Quadratmeter mittleres Holzpflaster kommt zurzeit auf 100 M. zu stehen.

Kapitel XX „Oeffentliche Gesundheitspflege" sieht für das Stadtgesundheitsamt eine Einnahme von 28 000 Mark (+ 22 000 M.), eine Ausgabe von 181 000 M. (+ 152 000 Mark), einen Zuschuß von 158 000 M. (+ 129 000 M.) vor. Das Stadtkrankenhaus erwartet eine Einnahme von 205 000 M. (+ 120 000 M.), eine Ausgabe von 405 000 M. (+ 295 000 M.), so daß ein Zuschuß von 200 000 M. (+ 174 000 Mark) zu leisten ist. Das Nahrungsmittel-Untersuchungsamt beziffert seine Einnahme auf 11 000 M. (— 2000 M.), seine Ausgabe auf 91 000 M. (+ 66 000 M.), so daß ein Zuschuß von 80 000 M. (+ 69 000 M.) zu leisten ist. Die Desinfektionsanstalt hat bei 6000 M. (+ 2000 M.) Einnahme und 182 000 M. (+ 135 000 M.) Ausgabe, einen Zuschuß von 176 000 M. (+ 133 000 M.) nötig. Ohne Zuschuß kommt das Stadtbad aus. Einnahme und Ausgabe gleichen sich mit 614 000 M. aus. Allerdings ist das Anlagekapital nicht verzinst, wie dies allerdings auch von vornherein vorgesehen war. Die Freibäder erfordern einen Zuschuß von 60 000 M., für die öffentliche Gesundheitspflege werden 73 000 Mark aufgewendet, davon erhält allein der Zweigverein zur Bekämpfung der Schwindsucht 40 000 M. Für gemeinnützige Zwecke werden 272 000 M. (+ 131 000 M.) ausgeworfen.

Wie mitgeteilt wurde, hat der Minister des Innern die Anordnung des Oberpräsidenten, daß der Arbeiterrat aufzulösen sei, bestätigt und die dagegen erhobene Beschwerde zurückgewiesen. Der Magistrat beantragt, den Arbeiterrat zur Abwicklung der Geschäfte noch bis Ende August bestehen zu lassen und die dafür erforderlichen Mittel zu bewilligen. Der Vorlage wurde zugestimmt.

— **Geheimrat von Dryander zum Ehrenmitglied der Universität Halle-Wittenberg ernannt.** Anläßlich seines 50jährigen Amtsjubiläums ist Herr Wirklicher Geheimer Rat D. Ernst von Dryander, Erster Pfarrer am Dom in Berlin, auf Beschluß des Akademischen Senats der Universität zum Ehrenmitglied der Universität Halle-Wittenberg ernannt worden.

— **Der Steuerabzug vom Arbeitslohn.** Auf wiederholte Anfragen bezüglich der Auslegung des Artikels 2 des Gesetzes vom 21. Juli über die ergänzende Regelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn wird von amtlicher Stelle folgendes mitgeteilt: Die bis zum 1. August gemachten Abzüge können auf die nach dem neuen Gesetz einzubehaltenden Beträge nur dann und nur insoweit angerechnet werden, als sie höher waren wie die Summe, die sich nach dem neuen Tarif ergeben würde.

— **Provinzialerziehungstag in Halle.** Der Provinzialverband von „Haus und Schule" beabsichtigt, vom 10.—12. Oktober d. J. in Halle einen Erziehungstag abzuhalten, auf dem die brennenden Fragen christlicher Erziehung und christlichen Unterrichts allseitig vorgetragen und besprochen werden sollen. Neben der gottesdienstlichen Feier sollen zwei öffentliche Versammlungen, ein Vortrag mit wissenschaftlichem Charakter, wie engere Besprechungen der Berufsgenossen und eine Vorstandssitzung mit Zuziehung der auswärtigen Mitglieder abgehalten werden. Die Versammlungen sind in die Hettstedterien gelegt, um auch auswärtigen Freunden der Sache den Besuch zu ermöglichen.

— **Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Provinz Sachsen.** Der bei der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Provinz Sachsen zu Merseburg zum Beirat eingesetzte Bewilligungsausschuß hat im Vierteljahr April—Juni 1920 aus der Volksspende und anderen Spendenmitteln für Kriegsbeschädigte in 25 Fällen Darlehen in Höhe von 600 bis 15 000 Mark mit insgesamt 79 900 Mark und in 634 Fällen Beihilfen von zusammen 175 688 Mark bewilligt, so daß die Gesamtbewilligungen im verflossenen Vierteljahr 255 588 Mark ausmachen.

— **Das Platzkonzert** des Musikkorps der Sicherheitspolizei findet am Sonntag an der Siegessäule von 11½—12½ Uhr statt.

Deutschnationale Parlamentsarbeit

Deutschnationale Anfrage im Reichstage wegen übermäßiger Gerstelieferung an die Brauereien.

Die Abgg. D. Mumm, M. Behm, Behrens, Dr. Hartmann, van den Kerkhoff, Lambach, Neuhaus und Dr. Wiebel fragen an:

Zur selben Zeit, in der das Brot, wie jüngst noch dem Reichstag durch Augenschein aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet bewiesen worden ist, ins Unerträgliche sich verschlechtert, gehen Nachrichten durch die Presse, daß das norddeutsche Brauereigewerbe dreimal so viel Gerste wie bisher zugewiesen erhalten soll. Ebenso soll den württembergischen Brauereien durch den Ernährungsminister Herrn Graf eine eigene Gerstenverteilungsstelle und vermehrte Belieferung zugeschert worden sein. In Berlin soll im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft am 1. Juni 1920 eine Sitzung unter Teilnahme von Vertretern der Brauindustrie stattgefunden haben, in der über die Ernte des Jahres 1920 verfügt wurde. Dabei soll den Brauereien eine Belieferung von mindestens 15 vom Hundert, also von mindestens 5 260 000 Zentnern Gerste, die der Ernährung damit entzogen werden, zugesichert worden sein. Sind diese Blättermeldungen zutreffend, wie rechtfertigt es die Regierung, daß dem Alkoholgewerbe große Mengen, die für die Ernährung unentbehrlich sein werden, zugewiesen werden?

Deutschnationale Anfrage im Reichstage wegen Ausfuhr deutschen Zuckers.

Die Abgg. Düringer, D. Mumm, van den Kerkhoff, Dr. Wiebel und Philipp fragen an:

In den Tageszeitungen und Flugblättern („Medizinische Klinik", „Apothekerzeitung" usw.) finden sich Angaben, denen zufolge die deutsche Regierung den Bhla-Werken in Weil die Genehmigung zur Ausfuhr von 80 000 Kilogramm Malzextrakt nach dem Ausland gegeben hat. Die Berliner Firma Morgenroth habe daraufhin dem Ausland folgendes Angebot gemacht: „Freibleibendes Angebot: prima dickflüssiger Malzextrakt. Nur für den Export, nicht für das Inland. Eine von mir vertretene Malzextraktfabrik in Baden erhielt von den deutschen Behörden die Ausfuhrgenehmigung für 80 Tonnen Malzextrakt. Dieses Quantum kann je nach Wunsch bearbeitet werden: 1. zu Nährzwecken, 2. als diastischer Malzextrakt für das Bäckergewerbe (Backhilfsmittel), 3. als Entschlichtungsmittel für die Textilindustrie (wie Diastofor).

Die „Südd. Apothekerzeitung" bemerkt hierzu: „Also in einer Zeit, in der noch Tausende von deutschen Kindern an Unterernährung leiden, wo jeder Apotheker über jede einzelne Büchse Malzextrakt froh ist, die er für seine kranken Kinder zugeteilt bekommt, hält es eine deutsche Behörde für richtig, 80 000 Kilogramm Malzextrakt nach dem Auslande ausführen zu lassen. Großzügig, wie man einmal ist, erklärt man sogar, daß der Malzextrakt auch als Entschlichtungsmittel in der Textilindustrie verschwendet werden kann."

Unter den Unterzeichnern dieser Anfrage sind Väter, die für ihre Kinder vergeblich eine Büchse Malzextrakt zu erhalten gesucht haben. Wir fragen: sind die Zeitungsangaben wahr?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192007311-14/fragment/page=0003

Provinz Sachsen

Gedenktage für die Provinz Sachsen, für Anhalt und Thüringen

vom 2. bis 8. August.

2. August: 1861 geb. zu Meiningen Dr. phil. Hermann Freiherr von und zu Egloffstein, Kabinettssekretär und Kammerherr des Großherzogs von Sachsen in Weimar. — 1906 habilitierte sich in Halle für Kirchen- und Dogmengeschichte D. theol. h. c., Dr. phil. Johannes Leipoldt, o. Prof. an der Univ. Leipzig, bis 1909 Privatdozent in Halle (geb. 20. 12. 1880 Dresden). — 1907 habilitierte sich in Halle Prof. Dr. med. Ernst Siefert, Privatdozent für gerichtliche Medizin an der Univ., Anstaltsarzt am Strafgefängnis und Nervenarzt in Halle (geb. 9. 10. 1874 Gerstungen a. d. Werra).

3. August 1859 geb. zu Halle Oberstleutnant a. D. Hermann Rauchfuß in Halle. — 1867 geb. zu Königsberg in Pr. Dr. med. Eugen v. Hippel, o. Prof. für Augenheilkunde an der Univ. Göttingen, 1909—10 o. Prof. in Halle. — 1869 geb. zu Wiesbaden Geh. Regierungsrat D. theol. h. c., Dr. phil. Albert Werminghoff, o. Prof. für Geschichte des Mittelalters an der Univ. Halle, Mitherausgeber der „Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte." — 1908 gest. zu Potsdam Dr. Hermann v. Lucanus, Kapitular des Domstifts Merseburg, Geh. Kabinettsrat, Chef des Zivilkabinetts des deutschen Kaisers.

4. August 1667 geb. zu Lindenberg in der Mark Karl Hildebrand Freiherr von Canstein, Stifter der (1710 gegründeten) v. Cansteinschen Bibelanstalt in Halle (gest. 19. 8. 1719). — 1897 habilitierte sich in Halle Dr. phil. Paul Holdefleiß, a. o. Prof. für Landwirtschaft u. Vorsteher der Abteilung für Pflanzenbau u. Meteorologie des Landwirtschaftl. Instituts der Univ. Halle (geb. 15. 9. 1865 Salzmünde, Mansfelder Seekreis).

5. August 1817 geb. zu Harbke, Prov. Sachsen, Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Dr. phil. D. theol. h. c., Dr. med. h. c., Dr. iur. h. c. Wilhelm Schrader, 1888—1902 Kurator der Univ. Halle, Verfasser der Geschichte der Friedrichs-Univ. zu Halle (1894) (gest. 2. 11. 1907 Halle). — 1861 geb. zu Magdeburg Prof. Dr. phil. Wilhelm Kaiser, Oberlehrer an der Latina in Halle, Musikreferent der „Hallenschen Zeitung". — 1863 promovierte in Bonn D. theol. h. c., Dr. phil. Friedrich Wilhelm Blaß, 1866—70 Gymnasiallehrer am Domgymn. in Naumburg, 1870—74 am Pädagogium des Klosters U. L. Fr. in Magdeburg, 1892—1907 o. Prof. für klassische Philologie an der Univ. Halle, einer der namhaftesten Gräzisten (geb. 22. 1. 1843 Osnabrück, gest. 5. 5. 1907 Halle). — 1902 promovierte in Halle Dr. phil. Friedrich Hadmann, Direktor des Gymn. in Torgau, 1906/06 am Gymn. in Erfurt, 1908—19 Oberlehrer an der Latina in Halle (geb. 15. 11. 1879 Barmen). — 1867 gest. zu Halle Dr. phil. Christian Gottlob Liebmann, 1826—67 an den Franckeschen Stiftungen in Halle, zumeist Inspektor der Waisenanstalt u. Bibliothekar der Waisenhausbibliothek.

7. August 1878 geb. zu Schleswig Regierungsrat Dr. phil. Willi Ruhland, o. Prof. für Botanik an der Univ. Tübingen, 1916—18 a. o. Prof. in Halle. — 1902 promovierte in Halle zum Lic. theol. Dr. phil. Paul Kahle, o. Prof. für semitische Philologie an der Univ. Gießen, 1909—14 Privatdozent in Halle (geb. 21. 1. 1875 Hohenstein, Ostpr.).

8. August 1839 geb. zu Warmbrunn in Schlesien Prof. Dr. phil. h. c. Otto Finsch, Ethnograph u. Forschungsreisender in Braunschweig (gest. daselbst 31. 1. 1917). — 1862 geb. zu Berlin Dr. iur. Adolf v. Bentivegni, Amtsgerichtsrat in Halle. — 1896 promovierte in Halle Prof. Dr. med. Oswald Baumgarten, 1906—13 Privatdozent für innere Medizin an der Univ. Halle (geb. 9. 1. 1872 Braunschweig).

Beschlagnahme und Anzeige von Getreidevorräten früherer Ernten

Zur Ausführung der Bestimmungen der §§ 76, 77, 78 und 18 a der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 wird hiermit folgendes vom Magistrat Halle bekannt gemacht:

1. Wer mit dem Beginn des 16. August 1920 I. Vorräte früherer Ernten an Brotgetreide und Gerste oder an Mehl aus Brotgetreide und Gerste allein oder mit anderem Mehle gemischt, sowie an Schrot, Graupen, Grütze, Flocken aus Brotgetreide oder Gerste, allein oder mit anderen Nahrungs- oder Futtermitteln gemischt, II. Vorräte früherer Ernten an Hafer, allein oder mit anderen Nahrungs- und Futtermitteln gemischt, in Gewahrsam hat, hat uns diese bis zum 20. August 1920 anzuzeigen. Vorräte, die zu dieser Zeit unterwegs sind, sind von dem Empfänger unverzüglich nach Eingang der Ware anzuzeigen.

2. Die Anzeigepflicht erstreckt sich nicht auf a) Vorräte, die im Eigentume des Reichs oder eines Landes stehen, b) Vorräte, die im Eigentum der Reichsgetreidestelle, Geschäftsabteilung, G. m. b. H., oder der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, G. m. b. H., stehen, c) Vorräte, die bei einem Besitzer einschließlich der daraus hergestellten Erzeugnisse je 25 Kilogramm nicht übersteigen, d) Vorräte an Erzeugnissen aus Brotgetreide und Gerste, die durch uns an Händler, Verarbeiter oder Verbraucher nach Maßgabe der für den hiesigen Stadtkreis bestehenden Bestimmungen über die Verbrauchsregelung bereits abgegeben sind, mit Ausnahme von Mehl und Schrot aus Brotgetreide und Gerste.

3. Die Anzeige ist schriftlich einzureichen, und zwar über Vorräte zu 1 I an den Magistrat, Kriegsbrotausschußbüro, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 55, zu 1 II an den Magistrat, Futtermittelstelle, Rathausstraße 19, Zimmer 71. Sie hat zu enthalten: die Arten der Vorräte, die genauen Mengen dieser Arten, den Besitzer bzw. Lagerhalter, den Eigentümer und dessen Wohnung, den Lagerungsort.

4. Die anzeigepflichtigen Vorräte mit Ausnahme derjenigen Vorräte an Mehl und Schrot, die von uns an Händler, Verarbeiter und Verbraucher geliefert worden sind, sind für den hiesigen Stadtkreis beschlagnahmt und dürfen, soweit die Bestimmungen der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 nichts anderes zulassen, ohne unsere Genehmigung weder verbraucht, verarbeitet noch sonst verwendet werden.

Vorräte, die zu Beginn des 16. August unterwegs sind, sind für den Kommunalverband beschlagnahmt, in dessen Bezirk sie nach beendeter Beförderung abgeliefert werden.

5. Zuwiderhandlungen werden nach § 80 der Reichsgetreideordnung mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

„H.Z." Sportberichte

— **96er Sportplatz.** Zu dem am kommenden Sonntag, nachmittags ½5 Uhr stattfindenden Liga-Befähigungsspiel Preußen-Halle I gegen Olympia-Halle I treten beide Gegner mit stärksten Mannschaften auf den Plan. Da sich der Sieger im voraus schwer bestimmen läßt, bietet der Kampf in der jetzigen fußballosen Zeit eine angenehme Abwechslung.

— **Sportverein 98** sendet am kommenden Sonntag seine Jugo-Elf nach Breslau, um gegen den dortigen V. f. B. ein Freundschaftsspiel auszutragen.

— **Der Schweizer Fußballmeister in Berlin.** Nach der kurzen Pause im Juli geht es am 1. August mit frischen Kräften in die neue Spielzeit. Der Auftakt steht hauptsächlich im Zeichen der Gesellschafts-, Städte- und Länderspiele. Dem V. f. C. Viktoria ist es gelungen, den Schweizer Fußballmeister Young-Boys-Bern für zwei Spiele in Berlin zu verpflichten. Am 7. August spielen die Schweizer gegen Viktoria und am darauffolgenden Tage gegen Norden-Nordwest. Aber auch fast alle anderen Vereine haben mehr oder weniger spielstarke auswärtige Mannschaften verpflichtet. Der Berliner Sportgemeinde stehen also gleich im Anfang große Ereignisse bevor..

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen der volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet.

Ermäßigung der Roheisenpreise

In der Sitzung des Roheisen-Ausschusses des Eisenwirtschaftsbundes vom 28. Juli wurde beschlossen, die Roheisenpreise wie folgt zu ermäßigen: Hämatiteisen und kupferarmes Stabeisen um 240½ M., Gießerei-Eisen I und III um 80½ M., Siegerländer Stabeisen um 16 M., Temper-Roheisen um 240 M., Ferromangan, 50proz., 635 M., Ferrosilicium, 10proz., um 275 M. Die neuen Grundpreise ab Werk stellen sich somit wie folgt: Hämatit 1910 M., kupferarmes Stabeisen 1890 M., Gießerei-Eisen I 1660 M., Gießerei-Eisen III 1659 M., Siegerländer Eisenstahl 1610 M., Temper-Roheisen 1916 M., Ferromangan, 50proz., 5655 M., Ferrosilicium, 10proz., 2690 M.

Die bisherigen Preise für Spiegeleisen und 30proz. Ferromangan bleiben bestehen, die neuen Preise sollen bis auf weiteres, mindestens aber bis zum 31. Oktober Gültigkeit haben. Sollte während der Gültigkeit der neuen Preise eine Erhöhung der Kokspreise eintreten, so soll eine Kokspreiserhöhung bis zu 25 M. die Tonne die Roheisenpreise nicht ändern.

Aktiengesellschaften

Ammendorfer Papierfabrik in Radewell bei Halle a. S. In dem Prospekt über die an der Berliner Börse zugelassenen 2 250 000 Mark neuen Aktien heißt es über die Aussichten: Bei der allgemeinen Warenknappheit sind wir mit Aufträgen reichlich versehen. Mit den wichtigsten Rohstoffen und Materialien haben wir uns genügend eingedeckt, so daß trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse und Unsicherheiten mit einem gleich guten Ergebnis wie im Vorjahre gerechnet werden kann.

Pöge Elektrizitäts-A.-G. in Chemnitz. Die Gesellschaft kündigt sämtliche noch im Umlauf befindliche 4½ Proz. Teilschuldverschreibungen der Anleihe von 1900 zur Rückzahlung mit 105 Proz. zum 2. Januar 1921.

Die Fahrzeugfabrik Eisenach A.-G. kündigt zum 1. Februar 1921 den Restumlauf von 814 000 ihrer 4½proz. Hypothekenanleihe von 1903. Zu welchem Zwecke das geschieht, ist einstweilen nicht ersichtlich.

Generalversammlungen von Gewerkschaften. In der G.-V. der Gewerkschaft Hainholdshausen wurde mitgeteilt, daß man hoffe, in der nächsten Zeit nach Erteilung der endgültigen Beteiligungsziffer an die Gewerkschaft Ransbach den Betrieb im eigenen Felde wieder aufnehmen zu können. Neu in den Grubenvorstand gewählt wurde Fabrikdirektor Dr. Adolf Witte in Aschersleben. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Gewerkschaft zurzeit eine Schuld von 700 000 M. habe. — In der G.-V. der Gewerkschaft Ransbach wurde mitgeteilt, daß von der Kaliprüfungsstelle die Quote mitgeteilt worden sei, daß aber gegen diese Entscheidung Einspruch erhoben werden soll. Am 1. Januar d. J. war eine Schuld von 800 000 M. vorhanden, die sich bis zum 1. Juni auf 450 000 M. verringerte. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Dr. A. Witte in Aschersleben. In der a. o. G.-V. der Gewerkschaft Neu-Salzstädt wurde neu in den Grubenvorstand gewählt Dr. A. Witte in Aschersleben. Die Verhältnisse lagen ähnlich wie zur Zeit der ordentlichen G.-V. — In der a. o. G.-V. der Gewerkschaft Herthashall wurde mitgeteilt, daß die Gewerkschaft bereits seit längerer Zeit ohne Grubenvorstand sei, da die früheren Mitglieder ihre Aemter sämtlich niedergelegt hätten. Es wurden gewählt Dipl.-Ing. Richard Schack, Kaufmann Bernhard Schwake-Hannover sowie R.-A. Dr. Geiß-Linden-Hannover.

Handel, Industrie, Handwerk

* **Zur Absatzstockung im Eisenhandel.** In der diesjährigen Mitgliederversammlung der Wirtschaftlichen Vereinigung der Eisenhändler Deutschlands wurde u. a. auch das Stocken des Absatzes erörtert. Man war der Ansicht, daß die Absatzstockung weit schlimmer für den Handel sei, als ein Rückgang der Preise. Die Stockung könne nur dadurch behoben werden, daß die Abnehmer wieder Vertrauen zu der Stabilität des Eisenmarktes erlangen. Dies sei nur dann möglich, wenn die Preise so festgesetzt werden, daß eine weitere Aenderung für längere Zeit voraussichtlich nicht zu erwarten sei. Es müsse daher von den Werken eine genaueste Nachprüfung ihrer Selbstkosten erwartet werden. Sollte sich bei dieser Nachprüfung herausstellen, daß angesichts der bevorstehenden Kohlenpreiserhöhung eine Herabsetzung der bestehenden Eisenpreise nicht oder nur um einen verhältnismäßig geringen Betrag möglich ist, so wird sich auch dann der Markt wieder beleben, wenn die Verbraucherkreise die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Kalkulation mit peinlichster Genauigkeit aufgestellt ist, und daß vorläufig mit einem weiteren Rückgang der Preise nicht gerechnet werden kann. Es wird alsdann die reguläre Nachfrage für den wirklichen Bedarf wieder einsetzen und eine gesunde Bewegung in den Markt bringen.

Stillegung von Eisenerzgruben. Der Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein legt am 1. August seine Eisenerzgruben Gottesgabe und Morgenstern samt Nebenbetrieben bei Arlesberg (Thüringen) wegen Absatzstockung still. Die Belegschaften, denen gekündigt ist, wollen bei der Staatsregierung und bei dem Landtag von Thüringen Schritte unternehmen, um die Schließung der Bergwerke zu verhindern.

* **Wagenstellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle (Saale) (einschließlich der anschließenden Privatbahnen) wurden am 29. Juli für Kohlen, Koks, Briketts und Preßsteine gestellt: 4833 Wagen zu 10 Tonnen, nicht gestellt: 41 Wagen zu 10 Tonnen.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Die Möglichkeit, daß es bei den heute zwischen Rußland und Polen beginnenden Waffenstillstands-Verhandlungen doch noch zu Zwischenfällen kommen kann, bewirkte an der Börse bei stärkerer Zurückhaltung eine nahezu allgemeine Abschwächung des Kursstandes. Hiervon wurden auch infolge der Herabsetzung der Eisenpreise besonders Montanwerte betroffen, die anfangs 4 bis 9 Prozent und im Verlauf bei einzelnen Papieren noch etwas stärker im Kurse nachgaben. Chemische Werte verloren fast durchweg 1 Proz., während Schiffahrts- und Elektrowerte sich als widerstandsfähig erwiesen. Bei den sonstigen Industriewerten waren die Kursveränderungen nur gering. Bankaktien schwächten sich gleichfalls mäßig ab und Petroleumwerte erzielten nach Ueberwindung einer anfänglichen Abschwächung kräftige Kursbesserungen, besonders Deutsche Petroleum 795 bis 815, Naphta Nobel 9000. Am Rentenmarkt ist der Kursstand nur wenig verändert. Die Devisenpreise stellten sich etwas höher. Das Geschäft an der Börse hielt sich im ganzen Verlauf überwiegend weiter nachdrehend in engen Grenzen.

Produktenbericht. Die Umsätze am Hafermarkt fand bekannten Gründen nach wie vor unbedeutend bei unveränderten Preisen. In Hülsenfrüchten zeigte sich unverändert Begehr. Erbsen zu Futterzwecken und auch die übrigen Artikel ließen sich bei anpassenden Forderungen gut unterbringen. Wetter: schön.

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 30. Juli. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffin.-Kupfer 99-99⁹⁹%	1225/1250	Zinn Banca-Straits-Blöcke	4400/4500
Orig.-Hütten-Weichblei	485/500	Reinnickel (98-99%)	4400/4500
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	630/635	Antimon (Regulus)	1800/1900
Remelted-Platten-Zink	425	Silber in Barren, ca. 990 fein für 1 kg	1800
Orig.-Hütten-Aluminm. 98-99% (in gekerbten Blöckchen)	2500		
Orig.-Hütten-Aluminm. (in Walzbraht ob. Drahtwaren)	2600		

Devisen-Notierungen:

	Geld	Brief		Berlin, 30. Juli. Geld	Brief
Amsterd.-Rotterd.	1456.—	1459.—	New-York	42.30	[illegible]
Brüssel-Antwerp.	344.65	345.35	Paris	321.65	[illegible]
Christiania	669.30	670.70	Schweiz	720.25	[illegible]
Kopenhagen	664.30	665.70	Spanien	649.35	[illegible]
Stockholm	894.10	895.90	Wien (alles)	24.47	[illegible]
Hesfingfors	154.80	155.20	Oesterreich abgest.	24.37	[illegible]
Italien	226.75	227.25	Prag	84.40	[illegible]
London	157.80	158.20	Budapest	24.47	[illegible]

Hafernotierungen:

Berlin, 30. Juli. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Mark loko ab Speicher frei Wagen — loko ab Bahn [illegible] sofortige Abladung ab Abladestationen 2460—2540 Mark. [illegible] denz: behauptet.

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsch Treuhand-Ges	[illegible]
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	74.—	Deutsche Erdöl	[illegible]
5% Deutsche Reichsanl.	79.60	Deutsche Gasglühl.	[illegible]
4 " "	69.50	Deutsche Kabel	[illegible]
3½ " "	49.60	Deutsche Waff. u. Mun.	[illegible]
3 " "	60.30	Donnersmarckhütte	[illegible]
4 Preuss. Konsols	68.60	Döring u. Lehrmann	[illegible]
3½ " "	50.—	Dürkoppwerke	[illegible]
3 " "	35.60	Elberfelder Farben	[illegible]
4 Charl. Stadtanl. 89/99	—.—	Engelhard Brauerei	[illegible]
4 Magdeb. Stadtanl. 91/00	—.—	Felten u. Guilleaume	[illegible]
4% n. Sächs. Landschaftliche Pfandbriefe	—.—	Gasmotoren Deutz	[illegible]
3½ Sächs. Neulandsch.-Pf.	—.—	Gebhardt u. Co.	[illegible]
3 " "	—.—	Gebhardt u. König	[illegible]
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	98.—	Gelsenkirch. Bergb.	[illegible]
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	—.—	Glanzstoff Cuxhaven	[illegible]
4½ Dessauer Gas-Oblig.	98.30	Hallesche Masch.-Fabr.	[illegible]
4 "	92.50	Hann. Masch.	[illegible]
Ausländ. Werte		Harpener Berg	[illegible]
4 Oesterr. Kron.-Rente		Hasper Eisen	[illegible]
4 Ungar. Gold-Rente	74.—	Hirsch Kupfer	[illegible]
4 Ungar. Kronen-Rente	32.50	Hochster Farbw.	[illegible]
Eisenbahn-Aktien:		Hossch Eisen u. Stahl	[illegible]
Halberstadt-Blankenb.	75.—	Hohenlohe-Werke	[illegible]
Halle-Hettstedter	—.—	Humboldt-Masch.	[illegible]
Schantungbahn	639.50	Ilse-Bergbau	[illegible]
Allg. Lokal-Str	97.—	Kahla-Porzellan	[illegible]
Gr. Berl. Str.	122.25	Kalliw. Aschersleber	[illegible]
Magdeburger Str.-B.	145.—	Körbisd. Zucker-Akt.	[illegible]
Lux. Prins Heinrich-B.	—.—	Kyffhäuserhütte	[illegible]
Schiffahrts-Akt.:		Lahmeyer u. Co.	[illegible]
Hamburg. Paketfahrt	175.—	Lauchhammer	[illegible]
Hambg.-Südamerika	231.25	Laurahütte	[illegible]
Hansa-Dampfschiff	266.—	Lingel. Erfurt	[illegible]
Nordd. Lloyd	170.—	Linke u. Hofmann	[illegible]
Banken:		Ludwig Loewe u. Co.	[illegible]
Bank für Thür.	158.—	Lothringer Hütte	[illegible]
Berl. Handelsges.	205.—	Mannesmannröhren	[illegible]
Comm. u. Privatbank	160.—	Maschinenfabr. Buckau	[illegible]
Darmstädter Bank	142.—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	[illegible]
Dess. Landesbank	—.—	do. Caro Heg.	[illegible]
Deutsche Bank	260.50	do. Kokswerke	[illegible]
Diskonto-Comm.	197.25	Orenstein u. Koppel	[illegible]
Dresdner Bank	163.50	Phönix-Bergb.	[illegible]
Credit-Anst. Leipzig	192.5	Rhein. Metall-Verz.	[illegible]
Mitteld. Kreditbank	141.75	Rhein. Stahlwerke	[illegible]
Privat-Bank	142.—	Rübecker Montan	[illegible]
Nationalbank	149.—	Rombacher Hütten	[illegible]
Oesterr. Kredit	87.—	Rositzer Braunk.	[illegible]
Reichsbank	145.50	Rositzer Zucker	[illegible]
Industrie-Aktien:		Sangerhäuser Masch.	[illegible]
Schultheiss-Brauerei	345.—	Hugo Schneider u. Co.	[illegible]
Akt. f. Anilin	354.—	Schuckert u. Co.	[illegible]
Allgem. Elektr.-Ges.	240.75	Siemens u. Halske	[illegible]
Ammendorfer Papierf.	660.—	Stettiner Chamotte	[illegible]
Anhalter Kohlenw.	236.—	Steiner Vulkan	[illegible]
Annaburger Steingut	326.—	Stollberger Zinkh.	[illegible]
Badische Anilin	450.25	Strals. Spielkarten	[illegible]
Bergmann-Elekt.-Akt.	241.—	„Terra", Samen-A.-G	[illegible]
Berl. Masch.-Bau	253.—	Thale-Eisenhütte	[illegible]
Bismarckhütte	561.—	Triptis-Akt.-Ges.	[illegible]
Bochumer Gußstahl	379.—	Türkische Tabakregie	[illegible]
Chem. Fabrik Buckau	400.—	Ver. Köln-Rottweiler	[illegible]
Chem. Griesheim	299.75	Glanzstoff Elberf.	[illegible]
Chem. v. Heyden	335.75	Wegelin u. Hübner	[illegible]
Consolidation Schalke	730.—	Wersch.-Weissenf. Brk	[illegible]
CröllwitzerPapierfabr	268.—	Westeregeln-Alkali	[illegible]
Daimler-Motoren	217.—	Wittener Gußstahl	[illegible]
Deutsch-Luxemburg	205.—	Wrede-Mälzerei	[illegible]
		Zeitzer Masch.	[illegible]
		Zellstoff Waldhof	[illegible]
		Otavi-Minen	[illegible]

Tendenz: abgeschwächt

Kirchliche Nachrichten.

9. Sonntag nach Trinitatis, den 1. August 1920. (Sammlung für den Mitteldeutschen Verband ev.-nationaler Arbeiter- und Arbeiterinnen-Vereine.)

Abkürzungen: Abendmahl = (A), Kindergottesdienst = (K), Bibelstunde = (B).

U. L. Frauen: 8 Fritze, 10 Oberpf. Jahr, (K) fällt aus.
St. Ulrich: 8 Thiede, 10 Hermann Wagner.
St. Ulrich-Cst: 10 Thiede, Kronderferstr. 6a.
St. Moritz: 8 Voigt, 10 Keller. — Hospital: 3½ Keller.
Domkirche: 10 Josephson, (A) Derselbe, 6 Kand. Nobel.
Freitag, den 6., 8 Lang.
Laurentius: 8 Förster, 10 Ernst Wagner (A), 11½ Förster. Dienstag 8¼ (B) Stadtmission, Weidenpl., Ernst Wagner.
Stephanus: 8 Ernst Wagner, 10 Meinhof. Donnerst. Meinhof Zeitand. Albrechtstr. 27.
Diakonissenhaus: 10 Moehr.
Paulus: 8 Haberland, 10 Bach (A), 2 (K) Stud. Wagner.
Mittw. 8 Gem.-St. fällt aus.
St. Georgen: 8 Gisefe, 10 Witte. Mittw. 8 (B) Witte.
Riebeckstift: 8¾ Witte.
St. Johannes: 8 Kinderwater, 10 Faßmer 2 (K) Faßmer.
Stadtmission: Abds. 8¼ Evangelisation, Elze. Dienst. 8¼ Viert.-Verj. d. Bundes Hall. Gemeinschaften.
Giebichenstein: **Bartholomäus:** 8 Wind, 10 Hellwig. Freitag abds. 8 Mauktreu-Verj. Festalozgiftr. 4.
Petrus: 10 Bind.
Trotha: 10 Bede. Mittw. 8 Kirchenchor Uebungsst. im Kaffeegarten.
Christliche Gemeinschaft (i. d. Landeskirche) Margarietenstr. 8¼ Evangelisation. Donnerstag 8¼ Bibelstunde.
Evangel.-Luth. Gemeinde (Weidenplan 4): 9½ Beichte, 10 Konfirmation, hl. Abendmahl: P. Wöttrich
Methodisten-Gemeinde, Akusgebäude Francksche Stiftungen. Vorm. ½10 G., nachm. 5 G. Donnerstag 8 B
Dienstag: 9 Gebet. 10½ (K) Derselbe.
Dölau: 8½ Uhr Feiersonntagsdienst.
Lettin: 11 Uhr Feiersonntagsdienst.

Hauptschriftleiter: Heinrich Wöttcher (vertritt).
Verantwortlich für Politik: i. V. Hans Helling; für politische Nachrichten, Feuilleton, Wirtschaft und Sport: Hans Helling; für den lokalen Teil und Anzeigen: Ernst Sellheim, Angelmodde; Anzeigenleiter: Paul Kersten (sämtlich in Halle a. S.). Druck und Verlag: Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Hallenschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192007311-14/fragment/page=0004